

Hamburger Echo.

Sonntag, den 14. Januar 1894.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags. Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2846) ohne Frangobild vierteljährlich M. 4.20; durch die Kaspardire wöchentlich 36 S. frei in's Haus. Verantwortlicher Redakteur: C. Heine in Hamburg.

Anzeigen werden die schlagspaltene Zeitschrift über deren Raum mit 80 S. für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 S. berechnet. Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Annoncen-Büreau. Redaction und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Siezu zwei Beilagen und das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“.

„Zur Lage der deutschen Sozialdemokratie.“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Dr. Heine in dem von ihm herausgegebenen „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ (VI. Bd. 3. und 4. Heft) einen längeren Aufsatz, der Beachtung seitens der Parteipresse verdient, zumal es erforderlich ist, in einigen wichtigen Punkten Berichtigungen einzutreten zu lassen.

Unverkennbar ist es, daß der Verfasser im allgemeinen Theile seiner Ausführungen mit jener richtigen Objektivität zu Werke geht, welche die aufrichtige Pflicht, der Wahrheit die Ehre zu geben, erkennen läßt.

Zum Ausgangspunkt nimmt er die Erwägung, daß die veränderte Stimmung der Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie eine Thatsache von der größten politischen Tragweite bildet. Angst oder Verwirrung, die früher das Urtheil über unsere Bewegung vornehmlich beeinflussten, bilden heute keineswegs mehr durchgehends ihre charakteristischen Bestandtheile; im Gegentheil dazu verbreitet sich als Ausdruck sozialer Hoffnungslosigkeit zunächst nur Inaktivität, zum Theil sogar noch Widerwilligkeit in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung, daß die Sozialdemokratie die eigentliche Trägerin des gesellschaftlichen Fortschritts darstelle, und daß die alten Einwendungen und der schärfsten Bekämpfung trotzende Sicherheit ihrer Ueberzeugung auch mit der Kraft gepaart sei, aber alle Hindernisse hinweg zu räumen. Selbstverständlich wäre es allein, wollte man als ein Gegner dieser Partei leugnen, daß eine solche Stimmung in weitestem Maße den Erfolg der sozialdemokratischen Partei verfehlt. Mit jedem Jahre prägen sich daher auch die herrschende Stellung derselben im öffentlichen Leben deutlicher aus, und ihr Einfluß steigt keineswegs bloß im Verhältnisse zu der stetig wachsenden Zahl ihrer Anhänger; vielmehr greift derselbe weit darüber hinaus; und die Sozialdemokratie, bisher in der Hauptsache eine Partei des industriellen Proletariats, fange an, als Vertreterin der großen Masse des Volkes überhaupt anerkannt zu werden.

Wegsehen von der ökonomischen Entwicklung sei es namentlich die mangelnde sozialpolitische Thätigkeit der Regierungen, die Veranlassung der wichtigsten Kulturaufgaben gegenüber einer unmissbaren Steigerung der militärischen Ausgaben und die egoistische Politik der herrschenden Klassen, welche neben anderen Umständen dazu beitragen, jene Stimmung der Verwirrung zu vermehren und ihr auf alle Weise Vorschub zu leisten. Angesichts dieser unläugbaren psychologischen Befassung der Gesellschaft gewinnt die Lage der Sozialdemokratie ein besonders wichtiges Interesse für Jedermann, möge er nun dieser Partei feindlich oder freundlich gegenüber stehen.

Für unsere Leser folgt ja der Verfasser mit alledem nichts Neues; diese wichtige Seite der Lage unserer Partei ist von uns und anderen Parteiorganen ja des Destoeren eingehend dargelegt und gebührend gewürdigt worden. Aber es handelt sich hier um Thatsachen, die, eben wegen ihrer außerordentlichen Wichtigkeit, nicht oft und eindrucklich genug vorgeführt und behandelt werden können; sind dieselben doch selbst vielen Mitgliedern unserer Partei lange noch nicht genügend zum Bewußtsein gekommen, während die Wortführer der „konservativen“ Parteien in Parlament und Presse sich bemühen, die herrschenden Gesellschaftskreise, vor allem die Masse der Indifferenten, darüber hinwegzulaufen. Dr. Braun weiß zu schätzen, wie sehr es mit dem demokratischen Charakter unserer Partei zusammenhängt, daß ihre Verhältnisse ohne jede Scheu vor der breiten Öffentlichkeit erörtert werden, und daß in Folge dessen die Sozialdemokratie selbst die Mittel an die Hand giebt, ihre Ueberzeugungen und den Grad ihrer Erfolge kennen zu lernen. In den vom Vorstand der Partei alljährlich erstatteten Rechenschaftsberichten, in den öffentlich gehaltenen Verhandlungen der Kongresse und ihren Protokollen findet sich, auch wenn man die sonstige Parteiliteratur und die Akten über ihre parlamentarische Thätigkeit außer Acht läßt, eine seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes ununterbrochene, so gut wie lückenlose Darstellung aller großen und kleineren Vorgänge in der Partei, des äußeren Verlaufes der Bewegung ebenso wie ihrer theoretischen und praktisch-politischen Entwicklung.

Der Verfasser bemerkt: Naturwüchsig entsprossen aus den geschichtlich gegebenen Verhältnissen der Gesellschaft, hat die Sozialdemokratie sich den gegebenen Bedingungen angepaßt. Die Reichthümer in der Periode des Sozialistengesetzes erwies sich nicht als Kennzeichen ihrer Entwicklung. Gerade unter der Geltung des Ausnahmengesetzes ist sie die stärkste politische Partei Deutschlands geworden, indem sie die dadurch geschaffene Lage mit frommenwüthiger Kühnheit und Geschicklichkeit zu ihrem Vortheil zu wenden verstand. Wie ein in diesem Erdreich wachsender Baum von Stamm und Gewitter erschüttert wird und im Kampf der Elemente Zweige und Laubwerk verliert, aber danach um so mächtiger wächst und nach aller Seiten sich entfaltet, so hat die Sozialdemokratie, als die ersten Schauer des Sozialistengesetzes über sie hinweggegangen waren, nur immer kraftvoller sich entwickelt. Die Erfahrung während jener Periode ist ein sicherer Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie nicht eine künstliche Schöpfung, sondern ein organisches Gebilde ist, an dem äußere Machtmittel wirkungslos abprallen.

Es wird dann geschildert, wie, nachdem das Sozialistengesetz an seinem inneren Widerspruch gescheitert und für die sozialdemokratische Partei der „allgemeine Rechtsboden“ hergestellt war, sie die veränderte Situation akzeptierte und schon wenige Tage nach Ablauf des Ausnahmengesetzes auf dem Kongreß in Halle eine Organisation beschloß, die innerhalb des Rahmens der geltenden Gesetzgebung sich bewegen sollte. Angesichts ihrer Erfolge in den letzten Jahren müßte Jedermann die Thatsache anerkennen, daß die sozialdemokratische Bewegung in früher nicht für möglich gehaltenen Verhältnissen vorwärts schreitet.

Dr. Braun sagt für die Beurtheilung dieses Fortschritts zunächst das Maß der finanziellen Leistungsfähigkeit der Partei in's Auge. Er berichtet an der Hand der offiziellen Rechenschaftsberichte, daß in den sechs Jahren von 1887 bis 1893 incl. ja. M. 1 038 420 Einnahmen aufgebracht wurden, welchen an Ausgaben aus der Zentralkasse der Partei in derselben Periode M. 842 964 gegenüberstehen, so daß — wenn man den in Halle ausgewiesenen Kassenbestand vom 1. Oktober 1890 im Betrage von M. 18 880 hinzurechnet — der momentane Vermögensstand der Partei auf mindestens M. 220 000 sich beziffern würde. Der Verfasser verhehlt sich nicht, daß das verbliebene Bistum, die ein unübertroffenes Bild von der Hingabe und dem Opfermuth der Anhänger der sozialdemokratischen Partei bieten; er betont auch, daß, wolle man die außerordentliche moralische und materielle Leistung, die hier zum Ausdruck kommt, recht würdigen, man sich vor Augen halten müßte, daß es sich um die Partei des Proletariats handelt, und daß, abgesehen von den Besessenen Weniger, der Zahl ihre Leistungen nach in der Masse ganz verschwindend geringe in den Kreisen der Besessenen, diese imposanten Summen sich zusammenfassen aus freiwilligen, großemüthigen Beiträgen der Arbeiter, die nicht selten vom Wunde abgedrückt sind.

Dabei aber erschöpfen die obengenannten Beträge noch keineswegs die von der deutschen Sozialdemokratie für ihre Parteizwecke dargebotenen Summen. Der dem Wiener Parteitag erhaltene Bericht des Parteivorstandes bezieht in diesem Zusammenhange den im letzten Jahre verausgabten Betrag von M. 320 631. Zudem er konstatirt, daß diese Summe nur einen kleinen Bruchtheil der von der Partei angebrachten Agitationskosten ausmache, sagt der Bericht wörtlich: „So haben die Genossen in sämtlichen größeren Städten die lokalen Wahlkosten aus eigener Kraft bestritten und außerdem noch meist bedeutende Summen zur Agitation in der Provinz gegeben. Dazu kommen die Unkosten für die Landtage, Gemeinde- und Gewerkeversammlungen, sowie die Opfer für die gewerkschaftlichen Kämpfe, die auch im letzten Jahre durchzuführen waren. Es ist deshalb nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß die Summen, über welche die nachstehende Abrechnung Rechenschaft ablegt, auch noch nicht den zehnten Theil der Beträge nennt, welche die flüssigen Mittel der Partei im letzten Jahre für ihre politischen und wirtschaftlichen Kämpfe und Emanzipationsbestrebungen aufgebracht haben. Dabei bleibt außer Anschlag die Unsumme freiwilliger Thätigkeit, welche von den einzelnen Genossen besonders zu Zeiten der Wahlen in aufopferndster Weise geleistet worden ist. Während die gewerkschaftlichen Parteien zur Flugblatt- und Stimmzettelertheilung, da wo ihnen der amtliche Apparat in Gestalt von Gemeindevorstehern, Nachwächtern, Flurknechten und Gensdarmen nicht zur Verfügung steht, nur gegen geringes Geld Träger finden, bilden in unserer Partei die freiwilligen Träger, welche die mühselige Arbeit unentgeltlich verrichten, die Regel.“

Was hier von dem einen Jahre festgesetzt ist, gilt aber von jedem anderen Jahre, und Dr. Braun folgt denn auch nicht zu viel, wenn er geltend, daß die von der sozialdemokratischen Partei getragenen Opfer alle Vorkellungen übertreffen.“ Nicht weniger glänzend stellt sich ihm (durchaus den Thatsachen entsprechend) die äußere Situation der Parteipresse dar. Während das Zentralblatt des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 42 politische und 14 gewerkschaftliche Organe vorband, die innerhalb weniger Monate der dramatischen Handhabung des Gesetzes zum Opfer fielen, besaß die Partei beim Ablauf desselben im September 1890 nicht weniger als 60 politische und 41 gewerkschaftliche Blätter und lieferte auch damit den Beweis, mit welcher souveränen Ueberlegenheit sie im Verlaufe der Zeit die durch das Sozialistengesetz drohende Lage zu meistern verstand. Nach dem neuesten Bericht des Parteivorstandes ist die Zahl der Zeitungen auch weiter jetzt erheblich gestiegen. Im 2. Quartal 1893 gab es 75 politische Blätter, darunter 32 täglich, 26 wöchentlich 3 Mal, 7 wöchentlich 2 Mal und 11 wöchentlich einmal erscheinende; Gewerkschaftsblätter erglänzten in denselben Zeitraum 55.

In diesen Blättern kommen noch die wissenschaftliche Wochenschrift „Neue Zeit“, das in 200 000 Exemplaren verbreitete Unterhaltungsblatt die „Neue Welt“ und die beiden Wochenblätter, „Der wahre Jakob“, der in ja. 200 000 Exemplaren, und der „Sächsisch-Postillon“, der in 40 000 Exemplaren verbreitet ist. Vollständig sind die Andeute über unsere Presse bekanntlich bei Weitem nicht; vor allem fehlt eine genaue Angabe der Zahl der Abonnenten auf die Tagesblätter. Dr. Braun stellt dann noch die „gradezu mächtige“ „Hingabe der Bienen“ über die Verbreitung der Parteiliteratur in Betracht, so u. A., daß von den Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Zukunft kaum eine Debatte im vergangenen Jahre ja. 1 700 000 Exemplare abgelegt wurden. Das sich diese ungeheure Verbreitung der Parteiliteratur natürlich nur durch das entsprechende Wachstum der Partei selbst erklären läßt, liegt auf der Hand. Den Grundbesitzer für dieses Wachstum bilden die Wahl-ergebnisse für die parlamentarischen Wählerlisten, in erster Linie zum Reichstag. Während im Jahre 1871

auf unsere Kandidaten 124 700 Stimmen entfielen, brachte uns die Wahl vom vorigen Jahre deren 1 786 738. Seit dem Jahre 1890, wo sie es auf 1 487 800 Stimmen brachte, ist unsere Partei die stärkste Partei im Deutschen Reiche, und würde das Proportional-Wahlgesetz in Deutschland herrschen, so wäre sie (wie wir kürzlich dargelegt haben) auch im Reichstag die bei weitem stärkste Fraktion.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 12. Januar. Berührt mich das Geseh der Volksvertreter werden, denkt die Regierung, und deshalb muß von Anfang der Sitzung ein Regierungserreiter das Hand so lange langweilen, bis die Abgeordneten nahe vor dem Einschlafen sind. Am ersten Tage der Verhandlung über die Tabakfabriksteuer hat der Staatssekretär Graf Posadowski diese Aufgabe übernommen und mit großem Geschick durchgeführt, heute war es der Bundesrats-Bevollmächtigte für Baden, Dr. v. Jagemann, dem dieselbe zugewiesen war. Auch er bewies, daß er in Einklang mit dem großen Geschick besaß. Was er vortrug, war aufgeschrieien oder gedruckt; er las es recht monoton vor. In dem Schlußsatze war die Behauptung aufgestellt, daß die Arbeiter und Fabrikanten Tabakbauern einen großen Vortheil haben. Die Tabakbauern sollen nun als Vorwand für die Vorlage benutzt werden. Die Klagen über den Niedergang des Tabakbaus werden fortwährend von den Regierungsvorstellern und den Zeitungsblättern der Vorlage hervorgehoben; hat nun aber zu dem nachfolgenden Satze zu kommen, daß dieser Niedergang durch die Steuererhöhung des Jahres 1879 herbeigeführt ist, und daß nur durch Erhebung der Steuer jener Verfall zu vermeiden ist, verlangt sie eine Steuererhöhung. Wenn die Steuererhöhung angenommen werden sollte, dann werden die Tabakbauern erkennen, daß es ihnen jetzt erst recht schlecht geht und daß nur das Monopol Rettung bringen kann. Das Monopol wird dann in den Blätterzeilen eine volkswirthschaftliche Forderung und die Regierung findet die Wege gebahnt, die zu ihrem „Ziele“ führen, welches sie so lange vergeblich zu erreichen sucht.

Der freiwirtschaftliche Abgeordnete Frese, welcher Tabakhändler ist und deshalb von der Sache etwas versteht, hatte es leicht, gegen die Vertheilung der Vorlage zu protestieren. Er griff den Grafen von Posadowski an und den Herrn von Sauer zu Hilfe, und wies die vollständige Haltlosigkeit ihrer Argumente nach. Unterfangen war es, zu erörtern, daß man in Baden und in der Provinz den Bauern vor den Wahlen versprochen hat, die Zulassung werde fallen. Mit solchen Mitteln haben die Liberalen ihre Mandate ergattert. Der Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen Dr. v. Schraut mußte sich wieder etwas beruhigen. Er mußte auch nichts Anderes, als die nachfolgenden Tabakbauern vorzuführen. Darauf kam auch noch Hülfe aus den Reihen der Konservativen. Der Abgeordnete v. Schraut, welcher sich in Parlamentarismuskunde als „großer Meister“ erweist, der früher Staatsanwalt war und jetzt Richter des Reiches ist, machte einen Theil seiner Kenntnisse, die er sich als Staatsanwalt erworben hat, gegen die Anti-Tabakgesetz-Agitatoren zu verwerthen. Er meinte auf einen Punkt hin: gegen die Agitatoren seien die Varenbänder schwache Waffen. Obwohl er anerkannte, daß durch die Erhebung der Steuer viele Arbeiter brotlos werden und daß die Tabakbauern in anderen Berufsgruppen nicht arbeiten könnten, erklärte er doch, die Konservativen seien trotzdem entschlossen, an dem Tabak als Steuerobjekt festzuhalten. Zum Schluß kam er zu dem Ausruf: es ist himmelstreichend, daß der Tabak bei uns nicht flüchtig ist.

Auf diesen Redner folgte unser Genosse Meister. Mit kräftigen Worten erklärte er das Unwissen des Ministeriums und des Reichstages, die Rollen aus den Zeiten der Armen zu nehmen. Er schilderte in lebhaften Farben die Lage der Tabakarbeiter und die Folgen, welche für diese aus der Steuererhebung entstehen würden. Mit Recht hob er hervor, daß die Regierung sich immer bei solchen „Sachverständigen“ erkundigen, die das sagen, was die Regierungen wissen wollten. Hätte der Regierung etwas daran gelegen, wirkliche Sachverständige zu hören und die Stimmung aus den Kreisen der betroffenen Arbeiter kennen zu lernen, dann hätte sie eine Kommission nach dem Kongreß der Tabakarbeiter gebildet; aber dort war das nicht zu hören, was die Regierung hören wollte und deshalb blieb sie fern. Eine scharfe Bemerkung gegen Herrn von Sauer, dessen Begehrung für die Vorlage Meister darans erklärte, daß sie die Wohlthätigkeit in hohem Maße fördere, rief den Widerspruch in die Schranken, der erklärte, eine solche „Belobigung“ des Herrn von Sauer nicht haben zu können. „Wahrscheinlich“ Herr Riquel suchte den Eindruck der Rede Meisters durch einige „Berichtigungen“ abzuschwächen, die aber recht wenig Eindruck machten.

Ein letzter Versuch, die Tabaksteuer vorlage zu retten, wurde am Freitag Vormittag im Senientenrat des Reichstages gemacht. Die Vertreter von Mittelparteien halten, wie die „Frei-Bl.“ berichtet, eine Sitzung des Senientenratens veranstaltet, um anzutreten, den Tabaksteuererhebungsweg nach Beendigung der ersten Lesung nicht an die Stempelkommission, sondern in eine besondere Kommission oder in eine gemeinsame Kommission zu versetzen. Die matter Art, wie dieser Vorschlag begründet wurde, zeigte schon, daß die Mittelparteien sich einen Auftrag erfüllten, an dessen Wählern sie von vornherein Zweifel hegten. Mit Ausnahme der Vertreter der Nationalliberalen und Freirevolutionen wurde aus allen Fraktionen Widerspruch erhoben gegen die Bildung einer besonderen Kommission. Selbst die Konservativen verhielten sich dem Vorschlag gegenüber mehr ablehnend. Die Vertreter der Zentrums-Partei erklärten dabei noch ausdrücklich, daß die Fraktion selbst eine Kommissionsberatung nicht beantragen würde. Sollte dies wofür von anderer Seite geschehen, so werde man nicht widersprechen, weil diese Beratungen einmal bei solchen Gelegenheiten üblich sind. Die Nationalliberalen suchten zuletzt die besondere Kommission nur noch damit zu begründen, daß es dann möglich sein würde, der Tabakindustrie richtiger Markt und das Schicksal des Steuerprojekts zu verschaffen. Daran wurde von freisinniger und sozialdemokratischer Seite bemerkt, daß man nach solcher zum Ziele kommen werde, wenn in zweiter Beratung über die möglichen Paragrapheen jegliche im Voraus abgemacht würde ohne jede vorherige Kommissionsberatung. Eventuell könne man ja auch in der Stempelkommission über die Tabaksteuer in der Hauptsache abstimmen, bevor die Stempelsteuerberatung zu Ende geführt sei. Die Freunde des Herrn Riquel haben sich daran genügt, ihren Vorschlag fallen zu lassen. Es wird deshalb der Tabaksteuererhebung, wie dies auch wieder beabsichtigt war, an die Stempelsteuerkommission verwiesen werden. Von freisinniger Seite wurde ausdrücklich ausgeführt, daß eine besondere Kommission doch nur als Vorgehenskommission dienen würde, da das Schicksal des Tabaksteuererhebungswegs

des Weinsteuererhebungswegs nach der Erklärung der Zentrums-Partei überbracht nicht mehr zweifelhaft sei. Dagegen wurden nur von nationalliberaler Seite noch einige schärfere Einwendungen vorgebracht.

Wahrscheinlich erklärt die nationalliberale „Wagdeleg.“ zu dem Beschluß des Senientenratens: „Es entspricht dies nicht dem Wunsche der Regierung, daß zur größeren Beschleunigung der Verhandlung für jedes Steuergesetz eine besondere Kommission gewählt werden möge.“ Die Beschleunigung können die Herren haben; sie brauchen nur in die sofortige zweite Verhandlung im Plenum zu willigen. Die Entscheidung wird durch die Kommissionsberatung doch nicht mehr geändert.

Die parlamentarischen Dispositionen sind nach dem Beschluß des Senientenratens wie folgt getroffen: Falls nicht die Debatte über die Tabaksteuer sich noch bis Montag hinzieht, kommen an diesem Tage kleinere Vorträge auf die Tagesordnung, am Dienstag fällt die Bilanzierung aus. Der nächste Mittwoch, 17. d., soll dann ein sogenannter Schwermittag sein. Am Donnerstag, 18. d., beginnt dann die Verhandlung des Weinsteuererhebungswegs.

Wichtig ist die Verhandlung über die Weinsteuererhebungswegswahl. Von diesen sind erst zwei, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung, erledigt. Außerdem hat der Senientenrat die erste und zweite Beratung, der Antrag der Zentrums-Partei wegen der Konfessionsordnung die erste Beratung vollzogen.

Die Zahl der Petitionen, welche bei dem Reichstage eingebracht sind, hat nach dem letzten erschienenen Bericht des Reichstages bereits die Zahl 18 891 erreicht. Das Geseh der Petitionen ist in diesem Bericht allein 187 Petitionen aufgeführt, welche von Kreditvereinen, Vorstandsvereinen und Volkshilfen angehen und um Abhebung der Besetzung der Dautungen, Chefs und Stenographenpetitionen, 132 Petitionen von Handelstakern, Gewerbevereinen, kaufmännischen Organisationen zählen wir im letzten Berichtensbericht, welche dieselbe Abhebung und die Abhebung des Frachtpfandes betreffen.

In der Widrigkeitskommission des Reichstages wurde am Freitag die Verhandlung über die Regelung der Beamtengehälter fortgesetzt. Die Abg. Müller und Dr. Hammacher (N.) befragten, daß die Zeit, in welcher die mittleren Beamten das Höchstgehalt erreichen, auf 21 Jahre bemessen ist, insondem man die Anwesenheit überkommt bei den Subalternbeamten und nicht nur bei den hohen Beamten regeln sollte, was von den betreffenden Beamten gewünscht werde. Die Regierungsvorstellung verteidigte die bestehende Regelung in Analogie mit ähnlichen Beamtenstellen in Preußen und die Abg. Dr. Hammacher und Müller beantragten, daß die technischen Hilfsbeamten nach 18 Jahren, statt nach 21 Jahren das Höchstgehalt erreichen sollen. Der Antrag wurde indes nach längerer Diskussion abgelehnt. Bei den Ingenieuren der Armeekorpsverordnungen wurde auf die Ungleichmäßigkeit hingewiesen, daß diese Beamten schon nach 15 Jahren das Höchstgehalt erreichen. Ein Antrag, die Zeit gleichfalls auf 21 Jahre zu erhöhen, wurde jedoch nicht zur Verhandlung gebracht. Bei den Verordnungsbeamten der Reichsbehörden wurde die Ungleichmäßigkeit beanstandet, daß diese Beamtenklassen gleichfalls erst mit 21 Jahren in das Höchstgehalt kommen. Die anderen Petitionen gaben zu Erörterungen keinen Anlaß. Damit war die Debatte erledigt. Bei Müller zum Eintrag des Reichstages des Innern wurde von den Referenten, den Abg. Müller und Dr. Hammacher, die Frage der Abhebung der technischen Hilfsbeamter wieder angenommen. Der Staatssekretär Dr. v. Ditticher warnte vor weiteren Veränderungen am Etat. Der Etat sei nicht abgehoben für den Montag. Die Mehrheit der Kommission schloß sich dieser Auffassung an. Die Verhandlungen der Kommission werden am Montag fortgesetzt.

Reichstagsabgeordneter Müller sollte nach einer dieser Tage durch die Presse launenden Nachricht getreuer berichtet werden. Die Nachricht ist folgende: „Die Abg. Müller“ berichtet, daß Müller nur an dem Reichstagsverhandlungen anwesend werde. Am Freitag wurde im Reichstage dem genannten Abgeordneten ein wegen Krankheit nachgeschickter vierzehntägiger Urlaub bewilligt.

Der Vorstand der deutschen Freidenker-Vereine hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, in welcher die Verlesung des § 166 des Strafgesetzbuches gebittet wird. Dieser Paragraph lautet:

„Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Ausdrücken Gott lästert, ein Vergehen giebt, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere bestehende Religionsgesellschaft innerhalb des Bundesgebietes und Gebirgsgebiets beschimpft, oder ihre Einrichtungen und Gebäude beschimpft, in gleicher Weise in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“

Die Petenten begründen ihre Forderung mit folgenden Ausführungen: „Die Freiheit der religiösen Ueberzeugung ist der Maßstab der Bildung und Humanität eines Volkes. Das vergangene Jahrhundert hat diese Freiheit theoretisch erklärt, die Aufgabe unserer Zeit wäre es gewesen, sie allenthalben zum unerschütterlichen gesetzlichen Ausdruck zu bringen. Die Freiheit der Ueberzeugung ist aber ein nichtiges Scherwörter, ohne die volle Freiheit des kritischen Wortes, ohne die Gewährung, dem Gedanken unbedeutend eine freie Form und einen freien Ausdruck geben zu können.“

„Die geschehenen Verlesungen, welche im Verlauf der letzten Jahre auf Grund des § 166 des St.G.B., oft genug unter überaus scharfer Verlesung desselben, zu verzeichnen sind, beweisen nur, daß der Geist dieser gesetzlichen Bestimmung ein Rückfall vergangener Zeit ist. Der Widerspruch, den die unter den neueren philosophischen Welt- und Lebensanschauungen einhergehende Wissenschaft mit den religiösen Anschauungen einer entlegenen Zeit in weiten Volkskreisen hervorgerufen hat, ist ein so großer, daß er nicht mehr zu bestreiten ist; er fordert die öffentliche Kritik der Meinungen und Anschauungen auch auf religiösem Gebiete mehr als je heraus und macht sie sogar notwendig. Sowohl der Zwiespalt zwischen den gottgläubigen und den gottverneinenden Anschauungen, als auch die große Klüftung, die sich schon innerhalb der unterirdischen gottgläubigen Weltanschauung vorfindet, stellt dem Staat und damit dem Volke die Pflicht einer absoluten Neutralität gegenüber den Parteien. Nicht nur die Kritik eines mit unversöhnlicher Beständigkeit unverrückbaren Heiligen und Wunderglaubens hat (wie der Prozeß des Herrers Thälmann in Reimsdorf vor dem Landgericht in Eberfeld i. b. w.) zu Verurtheilungen auf Grund des § 166 des Strafgesetzbuches geführt, sondern auch bloße Verlesungen, die das rein Menschliche der Gottesvorstellung haben, sind auf Grund des erwähnten Paragraphen geübt, die selbst dann, wenn eine Verurtheilung seitens der Verlesenden, Verlesungen und oft schweren Kosten für die Angeklagten verurteilt waren.“

„Die Würde jeglicher religiösen Ueberzeugung, die

Berechnung und Hochachtung für kirchliche Einrichtungen und religiöse Korporationen können nur dadurch im Volke sicher gewahrt bleiben, daß sie ihrem eigenen Geseh entspringen. Die Macht des Gesetzes wird niemals einen Scharf vertheilen können, der nicht aus der Ehrbarkeit und Wahrheit der Lehren und Ueberzeugungen selbst entspringt. Ein Gesetz aber, das sich zum Schutze von Vorurtheilen und Einrichtungen aufwirft, die durch eine freimüthige Kritik zu verlernen haben, wirkt nur erbitternd. In diesem Sinne müssen wir den § 166 des St.G.B. als zuverwerflich durchaus betrachten.“

Die Befürchtung der Verlesung aus religiösen Ueberzeugung durch rohe Beschimpfung aber kann eines erst Erachtens kein Grund zur Aufrechterhaltung dieses Gesetzesparagraphen sein. Denn das Ehrwürdigkeit ist noch nicht durch den gemeinen Schimpf erniedrigt worden, noch haben durch ihn religiöse Glaubensvorstellungen einen Abbruch erfahren können. Was dies aber u. A. richtig zur Zeit, als das kirchliche Verbotnis zum den blutigen Verlesungen und der erlaubten öffentlichen Beschimpfung preisgegeben war, so ist es nicht weniger wahr zu einer Zeit, wo dieses Verbotnis eine früher nie getannte Ausbreitung erlangt hat.“

Es wäre sehr zu wünschen, daß dieser Forderung Folge gegeben würde. Wir wagen aber nicht darauf zu hoffen, daß es geschieht. Die Stimmung in maßgebenden Kreisen — auch in ausführenden parlamentarischen — geht heute leider viel mehr in entgegengelegener Richtung, als dahin, mittelalterliche Verlesungen der freien Meinungsäußerung zu befeitigen.

Eine Weiterentwicklung zieht sich über den Denkerhaupt des Herrn Eugen Richter zusammen. Wegen seiner Haltung beim Reichstagsantrag des Zentrums kündigt dieses ihm die Freundschaft und will ihn bei der nächsten Reichstagswahl in Hagen durchfallen lassen. Das Wohlwollen der Zentrums-Partei in Hagen hat unter Aufweis sämtlicher Gelehrten in gemeinsamer Sitzung beraten, welche Stellung das Zentrum im Reichstags Hagen dem Abgeordneten Eugen Richter gegenüber, nach seiner letzten Abstimmung während der Reichstagswahl im Reichstage, für die Folge einzunehmen habe. Ueber die Abstimmung selbst herrscht, wie die „Berliner“ berichtet, nur eine Stimme der tiefsten Indignation, aber andererseits war ein großer Theil der Verlesung aus tatsächlichen Erwägungen gegen eine von vielen Wählern gewünschte Protestversammlung, weil man sich mit einer gewissen Beschränkung gegen etwas, das nicht klar und klar als Vorwurf darstellte, könne man in solchen Fällen nicht protestieren. Das jeder Wähler des Zentrums durch das „Rein“ Eugen Richters auf das Herbeiführen ist, und daß alle Wähler wünschen, die sich mit Herrn Richter abreden zu können, verheißt sich von selbst. Eine Protestversammlung wird nicht stattfinden, dagegen hat das Zentrum gebührend Notiz davon genommen, daß Herr Richter sich bei dieser Gelegenheit so recht in ihm geäußert verhalten — auch das wenige, welches man zu ihm hatte, — unwürdig geäußert hat, und der Tag der Abrechnung ist die nächste Reichstagswahl. Wenn Herr Richter dann nach der Wahl nach Hagen geht, so soll wenigstens nicht mehr die Stimme eines nur eines einzigen einzigen teuren Zentrums wählens daran schuld sein.

So verhalten die „Germania“. Herr Richter, der bei der letzten Wahl nur noch auf nationalliberalen und ultramontanen Kreisen in den Reichstag kam, wird sich also bei Zeiten an den demnächstigen Durchfall vorbereiten können.

Der Wirrwarr unter den Antisemitismen wird immer erdichter. Der Langgänger, mit dem wir immer bequemer, hat mit dem Lehren des Freiherrn von Knigge keine Gemeinlichkeit mehr. Den Leutenchen aller Theile, Dr. Otto Böckel, scheint die liebliche Kompromissweise seiner nächsten Freunde schon die Luft verborben zu haben, noch weiter mitzutun. In seinem „Reichsboten“ läßt er sich von einem katholischen Schriftsteller, Dr. Gresslacher, bezogen, daß er mehr ein „Erlöser und Prophet“, denn ein politischer Agitator ist, oder wenigstens von den oberirdischen Bonnen dafür angesehen werde, und läßt sich davon folgende Bemerkung:

„Wir reproduzieren diese Stimme, der wir gottreiche Äußerung aus gemessenem Lager zur Seite stellen könnten, aus um der Nachwelt und den Zeitgenossen in der eigenen Partei gegenüber sichtbar zu machen, was Dr. Böckel geleistet hat und was er noch hätte leisten können. Wir halten dies um so mehr für notwendig, als unser Hebe vielleicht die längste Zeit dem öffentlichen Leben angehört hat, denn einen fortwährenden Kampf mit Intriguen, Gemeinheiten, Eitelkeiten und Abstricheltätigkeiten in eigenen Lager zu führen, wobei einen gebildeten Mann an.“

Nun werden die heftigen Bonnen es sich sicher nicht nehmen lassen, ihren „Erlöser“ und „Propheten“ recht sehr zu achten, doch er sie nicht im Grunde. Es wäre doch zu schade, wenn Dr. Böckel mit der Gloriole des „Erlösers“ um das Haupt von politischen Schachplan verdrängt zu sehen.

Die nächsten Freunde des „Erlösers“ denken freilich anders. Das „Erlöser“ „Welt“ meint dazu wohl die höchsten Rädelsführer. Das wäre das Schicksal, was Herr Böckel in seinen ganzen Leben für den Antisemitismus gethan hat.“

Unter den sächsischen Antisemiten konfessioneller und rabbinischer Richtung geht es fast noch häßlicher. Ein verurtheiltes Mandatführer des konservativen Landesvereins in Sachsen bezeichnet die Führer der Reformpartei als „Reue, die in gelegentlichen sonntäglichen Kundgebungen Dedung suchen für die Verlesung des Volkes gegen Antisemit und Böckel.“ Die „Deutsche Wacht“ das Organ des Abg. Zimmermann, rüdt sich nun durch einen heftigen Angriff auf die „sich konfessioneller nennende Verleumdung“ und „Ehrabschneider“ Vande.“

So wird Jeder von den — Gliedern von dem Antisemiten abgehalten!